

PARLAMENT

Verdacht der Befangenheit

Bundestagspräsident Lammert will die Parteifinzen nicht mehr kontrollieren – zum Ärger des eigenen Lagers. Jetzt kommt ihm die Opposition zu Hilfe.



KAY HERSCHELMANN

Parlamentspräsident Lammert

„Hauptsache, ich werde die Aufgabe los“

Beifall und Heiterkeit unterbrachen mehrfach die Rede des gerade gewählten Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. Doch plötzlich wurde es still im Plenarsaal. Er teile die Zweifel seines SPD-Amtsvorgängers „an der Weisheit“ des Parteiengesetzes, sagte Lammert. Es gebe da eine höchst unglückliche Regelung, die dringend geändert werden müsse.

Niemand applaudierte damals, am 18. Oktober 2005. Denn die deutschen Parlamentarier liegen seit Jahren mit ihren obersten Repräsentanten in einem bizarren Streit. Es geht um die Finanzen der Parteien, um Spenden und Sponsorengelder und um die nicht unerhebliche Frage, wer die Bilanzen von CDU, SPD und Co. überprüfen und Verstöße gegen die geltenden Gesetze ahnden soll.

Das politische Establishment hat die heikle Aufgabe dem Bundestagspräsidenten übertragen; doch der hält sich selbst für denkbar ungeeignet. Kürzlich beschwerte sich Lammert, dass ausgerechnet er als langjähriges Führungsmittglied der nordrhein-westfälischen CDU die umstrittenen Sponsorenverträge seines eigenen Landesverbands bewerten sollte. Wie er auch entscheide, schimpft Lammert, in jedem Fall setze er sich „dem Verdacht der Befangenheit aus“.

Jetzt bekommt Lammert Unterstützung, und zwar kurioserweise aus dem

Lager der Opposition. SPD und Grüne wollen nach der NRW-Wahl in „interfraktionellen Gesprächen klären, wie künftig statt des Bundestagspräsidenten ein unabhängiges Gremium die Aufsicht über die Parteienfinanzierung ausüben kann“, sagt der Parlamentarische SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Die Grünen planen zudem eine öffentliche Anhörung im Juni.

Fachleute halten eine Reform schon lange für überfällig. Zuletzt bezweifelte eine Kommission des Europarats im vergangenen Jahr die „Angemessenheit der Kontrolle“ durch den Parlamentspräsidenten und die ihm unterstellte Behörde.

Entsetzt notierte das Expertenteam, dass „nur acht Mitarbeiter“ im Referat PM 3 der Bundestagsverwaltung die Aufsicht führen über Parteikonten, auf die jährlich rund eine halbe Milliarde Euro an Spenden, Beiträgen und staatlichen Zuschüssen fließen. Es fehle an Ressourcen und rechtlichen Befugnissen, urteilten die Experten und empfahlen, neben verschärften Regeln für Transparenz und Sanktionen „ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit“ sicherzustellen.

An Reformvorschlägen mangelt es nicht. Mal wollte die FDP die Finanzkontrolle einer Kommission beim Bundespräsidenten übertragen. Mal warb Bundestagspräsident Lammert für den Bundesrechnungshof. In der vergangenen Legislaturperiode unterbreitete er den Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition einen entsprechenden Vorschlag. Doch Volker Kauder (CDU/CSU) und Peter Struck (SPD) winkten ab.

„Offenbar leben die Parteien mit dem bestehenden System gut“, sagt der Düsselbacher Verfassungsrechtler Martin Morlok. Schließlich würden Verdachtsfälle in einem „strikten Geheimverfahren“ (Oppermann) überprüft, dessen Ergebnisse öffentlich „nicht nachvollziehbar sind“, wie der Grüne Volker Beck kritisiert.

Nun plädieren SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks und ihr Parteigenosse Oppermann dafür, den Rechnungshof „als Kontrollgremium einzubinden“. Der Widerstand kommt ausgerechnet von Lammerts eigenen Parteifreunden. Ihm sei bisher „kein konkreter Vorschlag der SPD übermittelt worden“, wehrt Peter Altmaier ab, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Und auch FDP-Amtskollege Jörg van Essen meint: „Die jetzige Regelung ist nicht optimal, aber es drängt sich keine andere Lösung auf.“

bleibt alles so, wie es ist, würde das wohl niemand so bedauern wie Lammert. In einem Anflug scherzhafter Verzweiflung sagte er einmal, ihm sei es egal, ob die Deutsche Bischofskonferenz oder der ADAC die Parteifinzen überprüfe. „Hauptsache, ich werde die Aufgabe los.“

PETRA BORNHÖFT



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZEIT

Braunkohlekraftwerk Niederaußem: „Der Prozess

KLIMAPOLITIK

Schlacht bergauf

Angela Merkel ändert ihre Umweltstrategie. Sie will das Zwei-Grad-Ziel nicht mehr vertraglich durchsetzen.

Ich habe drei Kinder“, sagte Umweltminister Norbert Röttgen vergangene Woche, als er bei einer Rede in Berlin erklären wollte, warum Klimapolitik auch nach dem gescheiterten Gipfel von Kopenhagen wichtig ist. Eine Erderwärmung um maximal zwei Grad Celsius sei „der Wert, den man höchstens noch tolerieren kann, weil jenseits davon ein Leben nicht mehr möglich wäre, wie wir es kennen“.

Derzeit sind die Aussichten für seine Kinder auf ein unverändertes Leben nicht so gut. Zwar unternimmt die Bundesregierung ab kommendem Wochenende auf dem Bonner Petersberg den Versuch, die internationale Klimarettungsmechanik wieder anzuwerfen. Doch ausgerechnet jetzt vollzieht Kanzlerin Angela Merkel eine Wende in der Klimapolitik.

Noch im Dezember sagte sie: „Wenn es uns nicht gelingt, die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, dann werden die Kosten für die eintretenden Schäden um ein Vielfaches höher sein als das, was wir mit einer Änderung unserer Lebensweise jetzt erreichen können.“

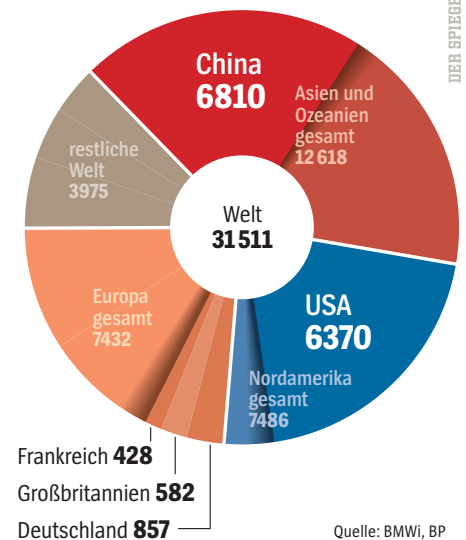
Nun gilt: Merkel wird international nicht mehr versuchen, das Zwei-Grad-Ziel vertraglich durchzusetzen, also mit rechtlich verbindlichen Werten für die Reduktion von Treibhausgasen zu versehen. Sie will sich nicht wieder eine Ab-



stockt, es ist alles sehr schwierig“

Die Klimaheizer

Energiebedingte CO₂-Emissionen 2008
in Millionen Tonnen



fuhr holen, weil sie erkannt hat, dass wichtige Länder auch beim nächsten Mal nicht mitziehen werden. Das wurde ihr vor zwei Wochen beim Nukleargipfel in Washington vom chinesischen Präsidenten Hu Jintao und vom indischen Premierminister Manmohan Singh bestätigt.

Deutschland muss nun die Grenzen seines Einflusses einsehen. Die Klimapolitik war ein Versuch, auf der großen Bühne eine Führungsrolle zu spielen. Doch die anderen sind nicht gefolgt. Auf dem Papier loben sie das Ziel, doch zu mehr als vagen Versprechungen sind sie nicht bereit. Nun geht es nur noch auf Nebenwegen weiter. Auch dort werden Chinesen oder Inder den Deutschen nicht einfach hinterhertrotten.

Im Inland droht damit künftig das große Symbol für Anstrengungen beim Umbau der Gesellschaft zu einer klimaschonenden Produktions- und Lebensweise auszufallen. Wenn Merkel international nicht mehr für das Zwei-Grad-Ziel kämpft, wie will sie den eigenen Landsleuten klarmachen, dass sie etwas ändern müssen? Ein nationales Temperaturziel wäre unsinnig.

In Kopenhagen hat die Kanzlerin global verbindliche Zielwerte noch gegen extreme Widerstände aus China und Indien verteidigt. Auf einer Sitzung der Staatschefs am Rande der Konferenz, die mit jeder weiteren Minute dem Kollaps zulief, ließ es Merkel sogar auf einen Showdown mit den beiden neuen Supermächten ankommen. „Der Bericht des Weltklimarats kommt auf das Zwei-Grad-Ziel. Und er sagt auch, dass wir den Kohlendioxid-ausstoß um 50 Prozent reduzieren müssen“, sagte Merkel.

So wollte sie dem chinesischen Delegationsleiter He Yafei und dem indischen

Regierungschef Singh klarmachen, dass auch sie einen Beitrag leisten müssen, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. „Selbst wenn wir einmal annehmen, dass die Industrieländer überhaupt kein Kohlendioxid mehr ausstoßen, selbst dann müssten die Schwellenländer für das Zwei-Grad-Ziel ihren eigenen CO₂-Ausstoß reduzieren“, sagte eine sichtlich gereizte Kanzlerin und fügte ungehalten an: „Das ist die Wahrheit!“

Als der Inder partout keine konkreten Ziele im Kopenhagener Protokoll akzeptieren wollte, ließ Merkel die diplomatische Etikette fallen. „Dann wollen Sie nichts rechtlich Verbindliches!“, schleuderte sie dem Oberhaupt des Milliardenvolks entgegen. Singh schrie förmlich zurück: „Das ist nicht fair!“ Sein chinesischer Mitstreiter, Vizeaußenminister He Yafei, ergänzte kühl und in geschliffenem Englisch: „Der momentanen Formulierung kann nicht zugestimmt werden.“

Der Kollaps von Kopenhagen hat Merkel nachhaltig verstört. Sie bot noch an, die Zusammenkunft auf dem Petersberg zu organisieren, damit der Gesprächs-



Politiker Röttgen, Merkel
Vom Kopenhagener Gipfel verstört

faden nicht ganz abreißt. Dann reiste sie frustriert ab. So eine Demütigung hatte sie selten erlebt. Das passiert ihr nicht noch einmal, denkt sie seither. Auch Unregelmäßigkeiten beim Weltklimarat IPCC haben die Kanzlerin verärgert. Zwar ändern deren Fehler nichts an den großen und zentralen Botschaften. Doch die schlechte Pannenkommunikation des IPCC habe es schwerer gemacht, Klimaschutz zu vermitteln, zürnte sie unter Vertrauten.

Insgesamt ist die Stimmung der Klimaschützer in den Monaten seit Kopenhagen noch weiter gesunken. „Der Prozess stockt, es ist alles sehr schwierig“, sagt Röttgen.

In Bonn will er am Wochenende der Klimapolitik einen neuen Anstoß geben. Merkel kommt, zudem der mexikanische Präsident Felipe Calderón sowie Umweltminister und Unterhändler aus knapp 50 Ländern. Sie wollen die Lehren aus dem Debakel von Kopenhagen ziehen und die nächste große Klimakonferenz in Cancún Ende des Jahres vorbereiten. Eine verbindliche Ausgestaltung des Zwei-Grad-Ziels wird auch dort nicht beschlossen werden.

Der Umweltminister gibt sich tapfer. Es gehe ihnen beiden „nicht darum, das Zwei-Grad-Ziel aufzugeben, sondern neue Wege zu finden, es zu erreichen“, sagt Röttgen. Aber das könnte dann auch wesentlich länger dauern. Würden die Beschlüsse, die Länder im Rahmen des „Kopenhagen-Akkord“ hinterlegt haben, umgesetzt, stiege die mittlere Erdtemperatur in diesem Jahrhundert voraussichtlich um mehr als drei Grad Celsius. Klimaforscher warnen vor einer gefährlichen Heißezeit.

Nach den Träumen vom großen Ziel, das alle vereint, kommt nun die Real-

politik. Merkel und Röttgen mussten einsehen, dass sich Staaten wie China und Indien nicht einem verbindlichen Ziel, das andere erfunden haben, beugen werden. Sie machen weiter mit der Klimapolitik, richten die aber streng national aus. Von ihrer Souveränität wollen sie nichts abgeben. Dem passt sich Deutschland nun an und will mit einzelnen Partnerländern konkrete Klimaschutzprojekte beginnen. Röttgen spricht von einem neuen Ansatz: „Wir wollen auf dem Petersberg eine neue Ebene schaffen, um nicht nur auf CO₂-Ziele von oben herab zuzuarbeiten, sondern von unten her Projekte zu starten, die messbare Erfolge bringen.“ Dazu gehörten Waldschutz und noch mehr konkrete Kooperationen beim Transfer umweltfreundlicher Technologien.

Doch ausgerechnet an den finanziellen Zusagen für solche Projekte hat es Merkel bisher mangeln lassen. Sie rückte nach Kopenhagen von dem Versprechen ab, bis 2012 rund 1,3 Milliarden Euro zusätzlich aus Deutschland zu investieren. Gerade einmal 210 Millionen Euro frisches Geld werden es nach derzeitigem Stand sein. „Wenn man sieht, wie viele Extra-Milliarden gerade aufs Geratewohl ins Gesundheitssystem gepumpt werden, kann einem schon anders werden“, sagt einer aus der Spitze von Röttgens Ministerium.

Hier tut sich ein Widerspruch auf: Einerseits will Deutschland das Zwei-Grad-Ziel nun vor allem über praktische Projekte erreichen. Andererseits gibt die Regierung deutlich weniger Geld für diese Projekte als versprochen. Das könnte darauf hinauslaufen, dass Deutschland auch faktisch von diesem Ziel Abstand nimmt.

Differenzen gibt es auch auf der Brüsseler Bühne. Der Umweltminister streitet im Kreis seiner Kollegen dafür, dass die EU ihr Klimaziel einseitig von 20 Prozent Kohlendioxidreduktion auf 30 Prozent erhöht. Merkel lässt im Kreis ihrer höher-rangigen Kollegen erkennen, dass sie von europäischen Alleingängen nichts mehr hält.

Röttgen versucht sich bereits daran, andere Begründungen als das Zwei-Grad-Ziel hervorzuheben. Vor allem die ökonomische Vernunft. „Wir können jetzt noch 20 Jahre gut und billig auf Kosten der Kinder leben oder in langfristige Chancen investieren“, sagt er. Deutsche Umwelttechnologien seien ein Export-schlager, „eine der „wichtigsten Wohlstandsquellen überhaupt“. Und Erdöl werde, wie andere Rohstoffe, immer knapper. Doch mit seiner Botschaft, dass Klimaschutz kein Verzichts- und Verliererthema ist, sondern eine „Win-win-win-Chance“ für Wirtschaft, Umwelt und Nachkommen darstellt, ist der Minister in seiner Koalition bisher nicht wirklich durchgedrungen. Er führt auch hier eine Schlacht bergauf.

DIRK KURBJUWEIT,
CHRISTIAN SCHWÄGERL, GERALD TRAUFFETTER



Vertraute Kafitz, Beck, Tennisstar Becker: Dilettantismus und Vetternwirtschaft

AFFÄREN

Becks Welt

Durch Naivität und Inkompetenz hat sich die Mainzer Landesregierung in einem Netz windiger Geschäftemacher verstrickt. Selbst Warnungen des Landeskriminalamts wurden ignoriert.

Februartage sind kalt, einsam und ungemütlich in der Eifel. Schon das sprach dagegen, das große Ereignis am zugigen Nürburgring zu zelebrieren. Die Mainzer Staatskanzlei hingegen ist warm und repräsentativ. Zudem residiert Kurt Beck in dem roten Barockbau, und der wollte die frohe Botschaft schließlich selbst verkünden.

Also trat der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz an jenem 3. Februar 2004 in Mainz vor die Presse. Heute sei ein „großer Tag“, diktierte er den Reportern feierlich in die Blöcke. Für ihn persönlich, „für Rheinland-Pfalz und für ganz Deutschland“.

Was war passiert? Bernie Ecclestone, der geschäftstüchtige Pate des Formel-1-Zirkus, hatte zugesagt, seine Autorennen noch einige Jahre länger in den Eifelbergen gastieren zu lassen. Zu Bedingungen, die man mit gutem Grund als generös (für Ecclestone) und ruinös (für den Nürburgring) bezeichnen könnte. Doch davon wollte an diesem Tag niemand reden.

Und so begann an jenem Dienstag vor sechs Jahren eine Geschichte, an deren Ende der Mainzer Regierungschef und sein früherer Finanzminister als blamierte und überforderte Provinzpolitiker dastehen, die sich voller Naivität mit ausgekochten Geschäftemachern einließen – und dabei prompt über den Tisch gezogen wurden.

Vordergründig geht es um ein 330 bis 350 Millionen Euro teures, offenkundig überdimensioniertes Großprojekt mit Hotels, Ferienhäusern, Indoor-Freizeitpark, Achterbahn, Veranstaltungshalle und einem Kneipendorf („Grüne Hölle“), das auf Wunsch des Ministerpräsidenten in die Eifellandschaft betoniert wurde. Tatsächlich handelt die Geschichte, die jetzt vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Mainz aufgearbeitet wird, vor allem von Blauäugigkeit, falschen Versprechungen, von Dilettantismus und Vetternwirtschaft.

Je länger der Ausschuss tagt, desto deutlicher wird, dass das Fiasco viel mit dem Regierungsstil des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten zu tun hat. Es ist eine Geschichte aus der Welt des Kurt Beck, in der gute Nachrichten und persönliche Beziehungen oft wichtiger sind als gesunde Skepsis und kritische Kontrolle. Und in der, wie vertrauliche Dokumente belegen, selbst eine deutliche Warnung des Landeskriminalamts folgenlos bleiben kann, wenn sie nicht in die Richtung passt, die vom Regierungschef vorgegeben ist.

Die Geschichte beginnt, lange bevor die Bagger am Nürburgring anrückten, mit einer grandiosen Fehleinschätzung: „Das Land“, behauptete Beck im Februar 2004, gehe mit dem Ecclestone-Vertrag „kein Risiko“ ein. Die überwiegend lan-